

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 43, 31. Jahrg.

25. Oktbr. 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement: Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion: Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastr. 8-9

Insertion: Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt: Hauptteil: Was zwischen den Zeilen stand. Rundschau. Zur Entwicklung der Gewerkschaftstheorie. II. Kriegsende — Kriegserbe. Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Allgemeines: Jetzt gilt es! — Feuilleton: Vom Bücherisch. — Anzeigen.

Was zwischen den Zeilen stand.

Die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung«, die durch den Umschwung der politischen Verhältnisse gänzlich die Fassung verloren zu haben scheint, findet doch noch genügend Raum, sich mit der Gewerkschaftsarbeit unseres Verbandes zu befassen. Es ist zwar nur unsere Tätigkeit in der Lehrlingsfürsorge die sie kritisiert; wie sie es aber tut, das ist wieder für die Auffassung der Kreise, die hinter ihr stehen, so recht bezeichnend. Weil es nun zu erwarten steht, daß unsere Schutzverbandszeitung das »Deutsche Steindruckgewerbe« sofort mit schmatzenden Händen über die Entdeckung der »Deutschen Arbeitgeber-Zeitung« herfallen wird, halten wir es für gut, wenn wir darauf näher eingehen.

Die kritisierten Zeilen selbst haben folgende Entstehungsgeschichte. In seinem Vortrag in der Berliner Lithographen- und Steindruckerversammlung im Juli dieses Jahres, wies Kollege Domnick auf den außerordentlichen Rückgang der Lehrlingszahl in unserem Gewerbe hin und brachte darüber neue statistische Zahlen, besonders aus Berlin und Leipzig. Wir berichteten über diesen Vortrag in Nr. 30 und 31 der »Graphischen Presse« in dem Leitartikel: »Wie weit brauchen wir die Ausbildung neuer Arbeitskräfte nach dem Kriege?« An dem Nachweis, daß im Steindruck und noch schlimmer in der Lithographie von allem Anbeginn, durch verschiedene Umstände bedingt, eine weit über den Bedarf gehende Ausbildung von Lehrlingen stattgefunden habe, die die Preisschleuderei und Schmutzkonkurrenz im Gewerbe begünstigt habe, knüpfte der Referent die Forderung, die organisierte Hilfenschaft soll eine Erhöhung der jetzt verminderten Lehrlingszahl nur dann zulassen, wenn die Unternehmer nicht mehr wie bisher ihre Aufgabe nur in der Niederhaltung der Existenz der Gehilfen sehen.

Ein Auszug aus diesem Bericht war nun auch durch die »Arbeiterpresse« gegangen und mit einigen kritischen Begleitworten von der »Deutschen Arbeitgeber-Zeitung« aufgenommen worden. An diesem Auszug und der daran gefügten Kritik der Unternehmer-Zeitung wird man recht lehrreich die grundverschiedene Auffassung auf jener und unserer Seite studieren können. Wir lassen daher beides wörtlich folgen:

»Während sich die selbständigen Gewerbetreibenden, ihre Organisationen und Ständevertretungen den Kopf darüber zerbrechen, wie sie das Lehrlingswesen, ein Stück Zukunft ihres Berufes fördern und durch alle möglichen Wege zur Gewinnung von Lehrlingen sichern wollen, erblicken scheinbar nach wie vor die Gewerkschaften ihre vornehmste Aufgabe in dieser wichtigen Frage darin, die Maßnahmen der Arbeitgeber zum Ausbau des Lehrlingswesens zu durchkreuzen, um persönliche Vorteile zu erlangen. So ging vor einiger Zeit folgende Notiz durch die Arbeiterpresse:

Außerordentlicher Rückgang der Lehrlingszahl im Steindruckgewerbe.

Allgemein galt in der Friedenszeit die Gehilfenschaft im graphischen Gewerbe als gut entlohnt. Dieser weitverbreiteten Anschauung verdankte insbesondere das Steindruckgewerbe seinen großen Zulauf an Lehrlingen, der auch dann noch anhält, als das Gewerbe längst schon im Niedergang begriffen war. Darum hatten die gut organisierten Gehilfen einen zähen Kampf gegen die das Gewerbe schädigende Lehrlingszuchterei zu führen. So ergab die erste Lehrlingsstatistik der Berliner Lithographen im Jahre 1900 auf je 1,73 Gehilfen einen Lehrling, 1908 dagegen kam auf je 3 Gehilfen ein Lehrling und 1913 auf 4,5 Gehilfen ein Lehrling, bei den Steindruckern sogar erst auf 5,1 Gehilfen ein Lehrling. Das ist das erfreuliche Resultat der unablässigen Aufklärungsarbeit, die der Verband in Wort und Schrift in der dazwischenliegenden Zeit geleistet hat. In der Kriegszeit ist die Lehrlingszahl im ganzen Steindruckgewerbe enorm zurückgegangen, wie eine im Mai d. J. aufgenommene Statistik ausweist. Sie umfaßt 103 Firmen, die jetzt nur noch 119 Lithographen und 16 Lehrlinge beschäftigen; das ergibt auf 7,5 Gehilfen einen Lehrling. Mit den in der Landkartenbranche beschäftigten Karto-Lithographen und graphischen Zeichnern ergaben sich 196 Gehilfen und 30 Lehrlinge oder 6,5 Gehilfen zu einem Lehrling. Das Verhältnis wäre natürlich noch wesentlich besser, wenn nicht die Lithographie in der Kriegszeit fast vollkommen stillgelegen hätte und eine große Zahl der Lithographen eingezogen worden wäre. Die Steindrucker beteiligten sich an der Statistik mit 437 Gehilfen und 25 Lehrlingen; das sind auf 17,5 Gehilfen ein Lehrling. Hier tritt der Rückgang mehr hervor, weil im Steindruck der Beschäftigungsgrad ein besserer war. Doch erst wenn der Krieg sein Ende fände und die eingezogenen Gehilfen in ihr Arbeitsverhältnis zurückkehren, dann erst wird der Rückgang der Lehrlingszahl voll in die Erscheinung treten.

Die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« hat in klarer Erkenntnis der ganzen Sachlage immer wieder auf die ersten Bedenken hingewiesen, die der neuerdings von Gewerkschaftsseite aus naheliegenden und durch solche Pressenotizen immer wieder bestätigten Gründen betätigten Bestrebung nach maßgebender Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens entgegenstehen. Die obige Notiz beweist wiederum aufs klarste, daß man gar nicht die Hebung des Lehrlingswesens, trotz aller schönen Richtsätze der auch im graphischen Gewerbe bestehenden Arbeitsgemeinschaft, will, sondern daß man lediglich einem unangenehmen Einfluß der Lehrlinge auf den den Arbeitern möglichst günstigen Stand von Angebot und Nachfrage mit all und jedem Mittel begegnen will. Man sieht in Gewerkschaftskreisen in dem Bestreben der Arbeitgeber, möglichst viele Lehrlinge zur Sicherung der gewerblichen Zukunft nach den Blutopfern des Krieges dem Gewerbe zuzuführen, lediglich die Möglichkeit unliebsamer Behinderung in der Stellung neuer Forderungen, die durchzudrücken nur bei großen Arbeitsmangel möglich ist. Besonders der letzte Satz der obigen Pressenotiz offenbart so recht die wahre Stellungnahme der Gewerkschaften zur Neugestaltung des Lehrlingswesens. Arbeitgeber, hütet euch, den Gewerkschaften allzuviel Einfluß auf das Lehrlingswesen zu geben! Wohin die Fahrt geht, zeigt euch vorstehende Pressenotiz, die man nur zwischen den Zeilen lesen muß.

Die Aufforderung, die eingefügte Notiz zwischen den Zeilen zu lesen, ist natürlich blanker Unsinn. Nicht zwischen den Zeilen lesen muß man, nein man muß sich nur das saurige Elend vor Augen halten, daß die Hilfenschaft der Lithographie in den vergangenen Jahrzehnten hat durchmachen müssen,

weil jene skrupellose Lehrlingsausbildung zu einem dauernden Überangebot von Arbeitskräften geführt hat. Wir wollten die Maßnahmen der Arbeitgeber zum Ausbau des Lehrlingswesens durchkreuzen? Was haben denn die Unternehmer darin getan? Die Vereinbarungen über die Lehrlingsfürsorge vom Dezember 1912, die wir mit dem Schutzverband abschlossen, weil ihm unsere Propaganda gegen die Lehrlingszuchterei unangenehm wurde, sind von der Gehilfenvertretung seit langem vertretene Forderungen. Bis dahin bestand doch die Lehrlingsfürsorge der Unternehmer lediglich in der Vermehrung der Zahl der Lehrlinge ohne Rücksicht auf den wirklichen Bedarf. Es ist ein seltsames Ungeschied der Deutschen »Arbeitgeber-Zeitung«, unsere Tätigkeit in der Lehrlingsfürsorge als Beweis dafür anzuführen, daß die Gewerkschaften nur durch künstliche Verringerung des Angebots an Arbeitskräften ihre Machtposition gegenüber den Unternehmern stärken wollten. Denn wir haben ja trotz der außerordentlichen Verringerung der Lehrlingszahl noch lange, lange Jahre Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gehabt, wie sie bitterer wohl kein Gewerbe erlebt hat. Hätten wir das Angebot mit dem Bedarf an Arbeitskräften auch nur einigermaßen in Einklang bringen wollen, dann hätte der Rückgang noch ganz anders aussehen müssen. Denn das Gewerbe ging von Jahr zu Jahr mehr zurück; zum Teil ist das das Verdienst der Unternehmer, die ihren Einfluß im Geiste der »Arbeitgeber-Zeitung« geltend machten. Sie trieben die Aufträge verwandten Gewerben oder dem Ausland zu durch ihre kampfwütige Ausspernungstaktik!

»Eine vermehrte Heranziehung von Arbeitskräften soll und darf nur mit unserem Willen und unserer Zustimmung geschehen«, hieß es damals mit Recht in dem Bericht über den Vortrag. Das heißt, die Hilfenschaft wird sich niemals gegen die Bedürfnisse des Gewerbes stemmen, wenn die Unternehmerschaft sich mit dem Gedanken vertraut macht, uns endlich das Maß von Gleichberechtigung zugestehen, daß die Gehilfen fordern müssen.

Was wir in Wirklichkeit in der Lehrlingsfürsorge getan haben, das ist kaum von einer anderen Gewerkschaftsgruppe, geschweige denn von den Unternehmern irgend eines Gewerbes getan worden. Wir erinnern dabei an die Belehrung durch die Lehrlingszeitung »Graph. Jugend«, an die zahlreichen künstlerischen und technischen Vorträge in Versammlungen der Lehrlinge, an die Galerie- und Museumsführungen, Skizzierausflüge, an Kurse und Kunstabende, Preisausschreiben, Ausstellungen u. v. m. Über all das haben wir eingehend in Nr. 40 der »Graphischen Presse« vom 4. Oktober berichtet.

Wo hätte das Unternehmertum, noch dazu in unserem Gewerbe, dieser umfassenden Tätigkeit auch nur den hundersten Teil Gleichwertigem an die Seite zu setzen? Wo sind die Maßnahmen der Arbeitgeber zum Ausbau des Lehrlingswesens, die wir durchkreuzt hätten?

Was wir getan haben, war im Interesse der Erhaltung einer leistungsfähigen Gehilfenschaft, und im Interesse der Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz eher zu wenig als zu viel. Was wir aber für die körperliche, technische und geistige Durchbildung der Lehrlinge getan haben, dafür hätten die Unternehmer alle Ursache uns Dank zu sagen, statt uns durch Ausführungen, die von Unkenntnis der Verhältnisse strotzen, herabzusetzen.

Rundschau.

Die Gefahr der überstürzten Demobilisation. Die »Holzarbeiter-Zeitung« lenkt energisch die Aufmerksamkeit auf die Gefahren der Übergangszeit zwischen Krieg und Frieden. Die umfangreichen Pläne für die Übergangswirtschaft seien wahrscheinlich alle undurchführbar geworden. Voraussichtlich werde jetzt sofort nach Beendigung des Krieges in schnellstem Tempo demobilisiert werden müssen. Schon das werde eine Arbeitslosigkeit von größtem Umfange hervorrufen. Dazu kämen dann Mangel an Wohnung, Kleidung und Nahrungsmitteln und unerschwingliche Preise für alle Lebensbedürfnisse. Die »Holzarbeiter-Zeitung« fordert die sofortige gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung, die unverzügliche staatliche Arbeitslosenversicherung und die umfangreiche Organisation öffentlicher Arbeiten. Freilich würden gerade Landwirtschaft und Baugewerbe im Winter schwerlich besonders aufnahmefähig sein. Jedenfalls aber müßten die Arbeiter jetzt alle Kräfte in den Gewerkschaften zusammenfassen, um die Gefahren des Lohndrucks und die ganze schwere Zeit, die bevorsteht, ohne den schlimmsten Schaden zu überstehen.

Das gleiche Wahlrecht gesichert? Nach den letzten Beschlüssen der Herrenhauskommission des preußischen Landtages ist das völlig gleiche Wahlrecht gesichert, alle Zusatzstimmen sind endgültig fallen gelassen worden. Am 24. Oktober tritt das Herrenhaus selbst zusammen, um die Entscheidung herbeizuführen. Dann wird die Vorlage dem Abgeordnetenhaus zugehen. Doch auch hier dürfte das infame Verschleppungsspiel zu Ende sein. Bereits haben die Konservativen, Nationalliberalen und auch das Zentrum beschlossen, der Regierungsvorlage keine Schwierigkeiten zu bereiten, so daß der glatten Annahme des Gesetzes auch im Abgeordnetenhaus jetzt kaum noch Schwierigkeiten im Wege stehen. Nach der Reichstagsrede des jetzigen Reichskanzlers vom 5. Oktober d. J. müssen auch die übrigen Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preußischen Beispiel bald folgen.

Lebensmittelpreise. Zu seinen monatlichen Übersichten über die Lebensmittelpreise macht *Rich. Calver* folgende Vorbemerkungen: »Wenn wir auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Beobachtungen und Nachrichten über die Bewegung der Lebensmittelpreise eine Meinung abgeben sollen, so können wir sagen, daß die Preiskurve in letzter Zeit wieder einmal ganz erheblich gestiegen ist. Es hat den Anschein, als ob die Steigerung noch in keinem Stadium des Krieges innerhalb eines ähnlichen Zeitraumes gleich stark in die Höhe gegangen wäre. Auch aus Gegenden, wo die Preise bisher noch ziemlich mäßig waren, wird ein sprunghaftes Ansteigen der Lebensmittelpreise berichtet. Nach der berechneten Meßziffer, für die ja in der Hauptsache nur die Höchstpreise in Betracht kommen, kann das Preisniveau für Nahrungsmittel schon längst nicht mehr beurteilt werden. Auch diese Meßziffer ist im August kräftig in die Höhe gegangen. Noch in keinem Monat des laufenden Jahres war die Steigerung so hoch. Die bisher höchste Steigerung im Februar stellte sich auf 0,53 Mk. wöchentlich. Der August brachte aber eine Steigerung um 1,32 Mk., nämlich von 58,11 Mk. auf 59,43 Mk. Besonders stark war die Steigerung in Ostpreußen, Groß-Berlin, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, im Königreich Sachsen, in Württemberg, am stärksten aber in den Thüringischen Staaten.

Zu welch unglaublichen Verhältnissen der im Frieden durchaus notwendige, durch keine Zwangsmaßnahmen zu ersetzende freie Handel führt, zeigt die Tatsache, daß in den deutschen Teilen Böhmens für das Kilo Kartoffeln im Kleinvertrieb jetzt bis zu 4 Kronen, im Großen 3 Kronen gezahlt werden, also zehn- bis fünfzehnmal so viel wie in Deutschland. Wem dieses eine, aber bezeichnende Beispiel noch nicht beweiskräftig genug ist, vergleiche damit die Zahlen, die Dr. Schärer in einem Artikel »Tantalus in Konstantinopel« in der N. Hamb. Ztg. anführt. Danach kosten dort fünf Scheibchen Wurst oder ein Stückchen süßes Gebäck 5 Mk., ein Essen auch in einem bescheidenen Restaurant nicht unter zehn bis 12 Mark, ein Pfund Schwarzbrot kostet 2,40 Mk., Weißbrot 4 Mk., Kartoffeln 2 Mk., Nudeln 8 Mk., Käse 20 Mk., Butter 35 Mk., eine Tasse Joghurt 4 Mk. Danach kann jeder beurteilen, ob unser System bei all seinen unverkennbaren Mängeln nicht doch ein unendlicher Segen für uns geworden ist.

Ein Glückwunsch der schwedischen Gewerkschaften. Der Generalkommission ging folgendes, Stockholm, den 16. Oktober, datiertes Telegramm der schwedischen Landeszentrale zu: Wir senden Euch unsere herzlichsten Glückwünsche zu dem demokratischen Durchbruch, der, wie wir hoffen und wünschen, zur Beendigung des Weltkrieges und zur Schaffung eines dauernden Friedens beitragen soll, was in der ganzen Welt und nicht am wenigsten in den neutralen Ländern, besonders unter den Arbeitern ersehnt wird. Über die Mitwirkung der Gewerkschaften Deutschlands an diesem Ziele und über ihre direkte Teilnahme an der Regierungsbildung durch den Eintritt von Gewerkschaftern in die Regierung sowie über die Aufnahme der Frage des internationalen Arbeiterschutzes entsprechend den Forderungen der Berner Konferenz in das Programm dieser Regierung, empfinden wir eine lebhaft Befriedigung. Die Zeit für den Zusammentritt der gewerkschaftlichen Internationalen zu einer Konferenz wird wohl bald gekommen sein, auf der die angeschlossenen Gewerkschaften aller Länder vertreten sein werden, um die Beschlüsse der Konferenzen zu Leeds und Bern zu fördern.

Für die Landeszentrale Schwedens:
Herm. Lindequist, Vorsitzender.

Neues Wachstum des Metallarbeiterverbandes. Im dritten Vierteljahr 1918 gewann der Metallarbeiterverband, trotzdem 9500 Mitglieder mehr zum Heere einberufen als entlassen wurden, 18 473 neue Mitglieder. Die Zunahme im letzten Vierteljahr ist stärker als im vorhergehenden. Die Mitgliederzunahme im Jahre 1918 überhaupt hat trotz der starken Einberufungen 50 000 überschritten. Insgesamt hatte der Metallarbeiterverband am 1. Oktober 1918 genau 450 000 zahlende Mitglieder und 470 000 Mitglieder im Heeresdienste. Hoffentlich wird die erste Million der Mitgliederzahl bald überschritten. Die Krankenziffer im dritten Quartal war infolge des Grippeepidemie auffallend hoch.

Gewöhnung an den Verlust beider Beine. Ein Kriegsbeschädigter, dem beide Unterschenkel amputiert sind, erhielt eines schönen Tages von der Versicherungsanstalt den vorgedruckten Bescheid: »In Ihrem Zustand ist Gewöhnung eingetreten.« Damit wurde ihm die Invalidenrente entzogen. Über Form und Inhalt dieses Bescheides führte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten Beschwerde beim Reichsversicherungsamt. Dieses hat nunmehr geantwortet, daß in der Sache selbst das Rechtsmittelverfahren anhängig sei. Was aber die Form des Bescheides anbetrifft, so sei die Verwendung eines Vordrucks nicht zu beanstanden, da bei dem jetzigen Mangel an Arbeitskräften das Schreibwerk beschränkt werden müsse. Gewöhnung sei eine Veränderung der Verhältnisse, die zur Rententziehung berechtige; dieses sei also nicht unbegründet erfolgt. »Inwiefern im vorliegenden Falle Gewöhnung eingetreten sei, hätte allerdings in dem erteilten Bescheid näher angegeben werden können.« Das Reichsversicherungsamt hätte sein Augenmerk vor allem darauf richten sollen, daß ein erbitterndes und gedankenloses Vorgehen gegen Schwerbeschädigte unterbleibe muß.

Die Ohnmacht der Fettstelle erfahren die Groß-Berliner Verbraucher jetzt an eigenen Leibe. Ganze 20 Gramm Butter werden von jetzt ab je Kopf und Woche verteilt. Und dabei weiß jeder aufmerksame Beobachter, daß für Geld Butter in beliebigen Mengen zu haben ist. Aus jenen Gegenden Groß-Berlins, in denen die reichen Leute zu wohnen pflegen, kann man es täglich hören, daß Butter freiwillig an den Türen, natürlich nicht zu Höchstpreisen, angeboten oder daß sie kistenweise ins Haus geschickt wird. Manche Leute erzählen sogar, daß ihre Butterquellen alzu reichlich fließen, so daß Abbestellungen der zu großen Mengen erfolgen müßten. Die Verbraucher möchten wirklich sehr wissen, was sich die Fettstelle bei Herabsetzung der Butterration gedacht hat. Handelt es sich um eine Vorbereitung auf neue Preiserhöhungen oder will die Fettstelle das Urteil der Margarinefabrikanten rechtfertigen, die behaupten, daß der Kriegsausbruch für Öle und Fette die beste Reklame für die Margarine mache? Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen verlangt auf neue, daß gegenüber dem gewerkschaftlichen Butter- und Milchhandel endlich einmal Ernst gemacht wird. Dann könnte die Butterration sogar erhöht werden. Bei dieser Gelegenheit erscheint auch die Frage angebracht, welchen Beziehungen die Angestellten der Reichsbank kürzlich den reichen Buttersegen zu verdanken hatten. Der Glaube an die gerechte Verteilung, der ja ohnehin schon stark erschüttert ist, wird durch solche Extrazuwahlungen nicht gerade gestärkt.

Zur Entwicklung der Gewerkschaftstheorie.

II.

Als dann die preussische Regierung im Februar 1866 selbst einen Antrag auf Aufhebung aller Koalitionsverbote einbrachte, fügte sie eine ausführliche, noch heute lesenswerte Begründung bei, worin sie sagte:

Daß die Koalitionsbeschränkungen für die materielle Wohlfahrt der arbeitenden Klassen nicht hinderlich sind, ist im allgemeinen richtig. Die Höhe der Arbeitslöhne, an welche dabei zunächst und in der Regel ausschließlich gedacht wird, bestimmt sich nach Gesetzen, welche der Willkür des einzelnen entzogen sind und welche im großen und ganzen zur Geltung kommen, mögen Koalitionen stattfinden und Verbote dagegen bestehen oder nicht. Der Satz, daß die Menge des Kapitals, welches Arbeit zu kaufen bereit ist, im Verhältnis zu der Menge derjenigen, welche Arbeit zu verkaufen bereit ist, den Preis der Arbeit bestimmen, ist indes eine Wahrheit, welche ihren konkreten Ausdruck für den einzelnen Fall nicht unmittelbar und von selbst, sondern mittelbar durch ein Handeln zwischen Käufer und Verkäufer erhält und diesen Ausdruck in dem Maße schneller und sicherer enthalten muß, in welchem das Handeln zwischen den Parteien frei von jeder äußeren Beschränkung ist. In diesem Sinne ist es von Wert, daß die Arbeiter in der Vereinigung die Kraft suchen können, welche dem einzelnen abgeht, und durch die Androhung gemeinschaftlicher Arbeitseinstellung ein richtiges Verhältnis in der Bemessung des Lohnes nach Unternehmervorteil herbeiführen. In der Tat fehlt es nicht an Beispielen, daß Koalitionen dauernde Lohnerhöhungen zur Folge haben.

Das widerspricht in mancher Beziehung der Lohnfondstheorie, der Lehre jener Volkswirtschaftler, die damals meinten das gesellschaftliche Kapital sei in jedem gegebenen Zeitpunkt eine ganz bestimmte Größe, von dem ein bestimmter Teil von den Unternehmern zur Lohnzahlung verwendet werde, der sich auch durch Koalitionen nicht steigern lasse. Sie behaupteten, um den durchschnittlichen Geldlohn, den jeder Arbeiter erhält, zu ermitteln, brauche man nur diesen zur Lohnzahlung zur Verfügung stehenden Kapitalteil durch die Zahl der Arbeiter zu dividieren. An diese Theorie, die im allgemeinen die Wirkung der Koalitionen leugnete, lehnte sich zwar auch die preussische Regierung an, sie glaubte aber doch, daß sich die Theorie im Einzelfall nicht unmittelbar durchsetze, sondern mittelbar, und zwar durch ein Handeln zwischen Käufern und Verkäufern, und dabei hielt sie für möglich, daß die Arbeiter ihre Kräfte durch Vereinigung stärken und durch Androhung von Arbeitseinstellungen den Lohn in ein richtiges Verhältnis zum Unternehmervorteil bringen könnten. Sie gab also zu, daß die Koalitionen von Wert für die Arbeiter sein könnten.

Sicherbar, daß daneben die Sozialdemokraten den Koalitionen jeden materiellen Wert für die Arbeiter absprachen. Lassalle sprach gewerfend von den Arbeitseinstellungen. Dem Gesetz, daß Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften den Lohn reguliere, fügte er eine Begründung bei, wonach die Zu- und Abnahme der Bevölkerung das Angebot und die Nachfrage und somit den Lohn regle, während andererseits wieder hohe oder niedrige Löhne die Zu- und Abnahme der Bevölkerung bestimmen sollten. Es änderte sich nach seiner Lehre nie, daß der Lohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibe, der in einem Volke gewöhnlichmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich sei. Deshalb müsse der Arbeiter durch Produktivgenossenschaften, die mit Staatshilfe zu errichten seien, zu seinem eigenen Unternehmer gemacht werden. War das richtig, dann waren freilich die Koalitionen zwecklos. Selbst wenn es ihnen gelungen wäre, den Lohn zu heben, hätte doch die folgende Bevölkerungszunahme alsbald wieder alle Vorteile beseitigt. Lassalle sprach denn auch von den Gewerkschaften als den »vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch gebären zu wollen«, wobei er von der Annahme ausging, der Mensch sei in gesellschaftlicher Beziehung zur Sache geworden, seine Befreiung müsse daher durch den Staat geschehen, in dem allein er noch etwas gelte.

Von dieser Lassalleschen Lehre ausgehend, hat auch Schweitzer im »Sozialdemokrat« sich bemüht, nachzuweisen, daß Gewerkschaften zwecklos seien. Er hat mehr noch als selbst die Fortschrittler die Aussichtslosigkeit der Arbeitseinstellungen betont. Für ihn war, solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, Angebot und Nachfrage ein unabänderlicher Lohnregulator. Selbst bei anscheinend geglückten Streiks sei meist fraglich, ob die errungenen Gewinne die gebrachten Opfer wirklich überwogen, und dort, wo dies der Fall sei, würden bei der ersten bedeutenden Krise erfahrungsgemäß die Vorteile wieder beseitigt. Schweitzer legte daher dem Kampfe der Arbeiter um das Koalitionsrecht keine Bedeutung bei, er unterstützte ihn zwar, bezeichnete aber diese Unterstützung in unschriebener, aber nicht mißzuverstehender Form als eine Konzession an die Einfalt der Massen. Erst als Karl Marx ihn belehrte, daß die Gewerkschaften als Mittel der Organisation der Arbeiterklasse zum Kampfe mit der Bourgeoisie von äußerster Wichtigkeit seien, und außerdem für Deutschland das Koalitionsrecht ein Durchbrechen der Polizeiherrschaft und des Bürokratismus mit sich bringen und zur Mündigkeit der »Untertanen« führen müsse, schwenkte er ein. Nun entdeckte er an den Gewerkschaften

auch eine ideelle Seite, und diese allein ließ ihn die Gründung von Gewerkschaften als zweckdienlich erscheinen: sie erweckten das Klassenbewußtsein. Damit kam er zu einer ganz anderen Auffassung als die Fortschrittler des Preußischen Abgeordnetenhauses, die ja glaubten, die Arbeiter würden durch das Koalitionsrecht von kommunistischen Ideen abgebradt. Deshalb erklärte Schweizer die Gewerkschaften für so lange berechtigt, bis die Arbeiterschaft des fraglichen Landes oder der fraglichen Gegend soweit aufgeweckt sei, daß sie die Lehren des Sozialismus zu verstehen vermöge. Doch vermochte er ihnen keine Berechtigung zuzuerkennen, wo die Gesetzgebung es der Arbeiterklasse ermögliche, auf das wichtigste, ja allein entscheidende Ziel loszusteuern: die Erringung von Einfluß auf die Staatsgewalt.

Und noch eines ist charakteristisch für die Schweizerische Auffassung. Wenn er von den Gewerkschaften sprach, redete er nur von Streiks, Streiks und Gewerkschaften waren ihm so gleichbedeutende Begriffe, daß er den hohen Wert der Gewerkschaften als vorbeugendes Mittel jahrelang ganz übersah. Erst in der Rede, mit der er den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß eröffnete, wies er gelegentlich darauf hin. Dieser Kongreß von ihm und Fritzsche einberufen, begann seine Tagungen vor fünfzig Jahren, am 26. September 1868 in Berlin. Er stellte die Gewerkschaftsbewegung, die in ihren Anfängen bereits vorhanden war, auf eine breitere Grundlage. Erst seitdem haben wir in Deutschland eine eigentliche Gewerkschaftsbewegung. Dabei zeigte sich, wie sehr die Theorie eine Bewegung beeinflussen kann. Weil Schweizer den Gewerkschaften nur agitat'rische Bedeutung im Sinne der Parteibewegung zuerkannte und ihnen jeden selbständigen Wert absprach, machte er die Gewerkschaften zu einer Unterabteilung seiner Partei, womit er zugleich den Keim zur Zerspaltung legte. In seiner Partei haben seine Lehren dauernd nachgewirkt; immer haben die Lasselleaner nur gefragt: Was nützen die Gewerkschaften der Partei?

Noch ein anderer für die Gewerkschaften wichtiger Kongreß tagte vor fünfzig Jahren: der fünfte Vereinsstag der Arbeiterbildungsvereine vom 5 bis 7. September in Nürnberg. Dort beschlossen die Arbeitervereine, nachdem sie sich zuvor zum Programm der Internationale bekannt hatten, daß die Gründung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden in die Hand genommen werden solle. Liebknecht, der der führende Theoretiker der Nürnberger Majorität war, begründete deren Auffassung im »Demokratischen Wochenblatt« (vom 14 und 21. November 1868) folgendermaßen:

Grundfalsch ist es, die Streiks (Arbeitseinstellungen) als Zweck der Trade Unions hinzustellen. Der Streik war und ist den aufgeklärten englischen Arbeitern nur ein Kampfmittel. Sie wissen, daß der Lohn unter den heutigen Produktionsverhältnissen nicht über eine fest bestimmte Höhe emporzutreiben ist, und wenn sie sich zu den kolossalen Opfern, die ein Streik auferlegt, entschließen, so geschieht es einzig in der Absicht, Forderungen, die ihnen gerecht scheinen, durchzusetzen, oder Zumutungen, die ihnen ungerecht erscheinen, zurückzuweisen. Jedenfalls ist es den Trade Unions gelungen, willkürliche Lohnverkürzungen abzuwehren, einen gleichmäßigen, dem Marktpreis der Arbeit entsprechenden Lohnsatz zu erwirken und den Arbeitern eine würdige Behandlung seitens der Kapitalisten zu sichern. . . . Neuerdings geht in England und in den Vereinigten Staaten, die dem Mutterland diese Organisationen entlehnt haben, ein bedeutsamer Umschwung innerhalb der Trade Unions vor. Statt um höhere Löhne ringt man um kürzere Arbeitszeit und stellt als Hauptziel hin: die Ersetzung der Lohnarbeit durch Produktivgenossenschaften.

Solange die Lohnarbeit herrscht, wird der Marktpreis der Arbeit sich nach dem »Gesetz von Nachfrage und Angebot« regeln und niemals nach den menschlichen Bedürfnissen. Diese können bloß außerhalb der Arbeitszeit zur Geltung kommen; je mehr freie Zeit der Arbeiter hat, desto erfolgreicher kann er sich seiner geistigen und physischen Ausbildung widmen, desto besser seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen und sich für den endgültigen Befreiungskampf seiner Klasse vorbereiten. Hierin liegt die hohe sittliche Berechtigung und politische Bedeutung der gegenwärtigen Achtstundenbewegung in England und Amerika. Die Interessen der Arbeiter zu wahren und zu fördern und zu diesem Behuf die vereinzelt und vereinzelt ohnmächtigen Arbeiter in eine gemeinsame Organisation zu vereinigen, das ist Zweck und Wesen der Gewerksgenossenschaften.

Damals war das »Kapital« von Karl Marx bereits erschienen. Der Artikel Liebknechts zeigt, daß dieser davon noch wenig beeinflusst war, so sehr er sich auch auf Marx berief. Marx hat in gewerkschaftlichen Fragen erst später Einfluß in Deutschland erlangt. Trotzdem waren es die Sozialisten um Bebel und Liebknecht, die die Gewerkschaften weit richtiger als Schweizer und seine Nachfolger zu würdigen wußten.

Kriegsende — Kriegserbe.

Unter diesem Thema schreibt die S. A. Korrespondenz unter anderem: — Das ersehnte Kriegsende ist in Sicht, aber mit einem üblen Erbe belastet. Man kann heute nicht an das Kriegsende denken, ohne von der Vorstellung der *Kriegslasten* und von dem Gedanken an ihre Deckung benommen zu werden. Annähernd 150 Milliarden Kriegsanleihen, Kriegsbeschädigten-, Kriegerwitwen- und Waisenversorgung, Aufwendung für Wiederherstellung von Kriegsgebieten, — man braucht nicht an alle weiteren Konsequenzen der Kriegserbschaft zu denken, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß es aller Kräfte Deutschlands bedürfen wird, um ohne die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen aus dieser schwersten aller Übergangsperioden hervorzugehen.

Der *Kräfte*, sagen wir und wir legen auf dieses Wort den Ton der Bedeutung. Der Krieg, das kann jetzt garnicht genug ausgesprochen werden, sieht an seinem Ende wirtschaftlich *Kräfte* und *Kraftlose*. In dieser Unterscheidung wird das Wesen der ganzen Finanzpolitik liegen, die nunmehr in Kurs gesetzt werden muß, denn dieser Gegensatz zwischen den Leistungsfähigen zu den wirtschaftlich Kraftlosen ist am Kriegsende das charakteristische Denkmal des deutschen Volkskörpers.

Der Weg, den der Krieg gegangen ist, ist gepflastert mit zerbrochenen Existenzen. Mander, der mühsam eine Existenz aufgebaut hatte, ist einberufen worden und mußte sein Werk aufgeben, mandr andern hat der Mangel an Waren und Rohstoffen oder Betriebsmittel die Grundlagen seines wirtschaftlichen Daseins vernichtet, er ist später in den Munitionsfabriken gelandet und steht bei Kriegsende vor dem nichts. Dar aus dem Kriege heimkehrende Arbeiter findet eine unterernährte Familie vor, die nur noch mit dem allernötigsten versehen ist. Er selbst wird in den meisten Fällen kaum noch einen vollwertigen Ersatz vorfinden für den feldgrauen Rod, den er nunmehr ausziehen kann. Die Kriegskonjunkturen sind vorbei und der von jahrelangem Schützengrabenleben mitgenommene Mann bedarf aller Voraussetzungen zu neuem körperlichen Aufbau, der ihn wieder arbeitsfähig und ausdauernd machen soll.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt ein von dieser so grundverschiedenes Bild, daß es kaum glaublich erscheint, daß wir es mit den beiden Seiten einer Medaille zu tun haben. Da ist eine große Masse von Volksgenossen — wenn dieser Ausdruck erlaubt ist — die das Kriegsende in glänzenden Verhältnissen vorfindet. Hier präsentieren sich die zahllosen Reichgewordenen, die ihren Besitz ausschließlich dem Kriege verdanken. Hier sind Leute, die buchstäblich nicht mehr wissen, was sie mit dem Gelde anfangen sollen und die schon seit Jahren wegen der Art, in der sie ihren Reichtum protzenhaft zur Schau trugen, allgemeines Ärgernis erregen.

Man braucht heute nicht mehr zu fragen, wie sie ihr Geld erworben haben, wieviel sie schon durch unsinnige Anschaffungen vertrödelte haben, man sollte sich aber schleunigst eine möglichst genaue Kenntnis ihres wahren Besitzstandes verschaffen. Denn hier hat die neuzeitliche Finanzgebarung einzusetzen. Ohne unsinnsbrednerische Rechenkunststücke einzulassen und die Welt mit Zahlen wirr zu machen, steht es fest, daß Deutschland bei der nächsten großen Finanzanierung mit der bisherigen spielerischen finanztechnischen Kleinkunst nicht mehr auskommen wird. Und je eher man darauf hinweist, daß das nächste eine *Vermögensbeschlagnahme* großen Stiles sein muß, desto besser ist es.

Die Gerechtigkeit ist dabei durchaus auf der Seite der Beschlagnahme. Zahlreiche Familien haben den Ernährer fürs Vaterland hingegeben, alten Leuten ist die Stütze ihres Alters durch den Krieg genommen worden, vielen ist die Existenz vernichtet. Viele schätzen sich glücklich, mit dem — buchstäblich! — nackten Leben aus dem schweren Ringen herausgekommen zu sein. Da ist es nur selbstverständlich, daß nunmehr diejenigen bluten, denen sich der Kriegsgott, der von anderen das Leben eingefordert, in der glückhaften Gestalt des Dukatenmannes genähert hat.

Der Hinweis auf diese Notwendigkeit ist nicht verfrüht. Im Gegenteil. Die Sache eilt. Bevor die ins Werk gesetzte *Verschleppung* und *Verschleierung* von Vermögen beendet werden kann, muß eine allgemeine Erhebung der im Kriege erworbenen Vermögen einsetzen. Dabei darf man nicht die im Frieden gebotenen Rücksichten gedenken. Außerordentliche Situationen erfordern ungewöhnliche Maßnahmen und selbst über die energissten Schritte — wir denken z. B. an die vorübergehend gesetzlich stipulierte *Angabepflicht von Sparkassen und Banken* — weroen auch die Kriegsgewinner und Schleihändler nicht beschweren können, wenn sie sich auch nur einen Augenblick die bei der Schaffung ihres Vermögens tätig gewesenen Eigenschaften vergegenwärtigen.

Über die prozentuale Höhe der Vermögensbeschlagnahme wollen wir uns den Kopf der Finanzminister noch nicht zerbrechen. Nur eins: auch bei der Festsetzung dieser Höhe darf man nicht am Hergebrachten kleben bleiben!

Besondere Beachtung verdient eine weitere Geldquelle: eine *scharfe Besteuerung des Wert-*

zuwachses der während des Krieges veräußerten *Liegenschaften*. Tausende von Gütern — große und kleinere — sind von Kriegsgewinnern erworben worden zu unglaublichen Preisen. Es ist nicht anzunehmen, daß die ungeheure Steigerung des Bodenwertes, die diese Sucht, Güter zu kaufen, herbeigeführt hat, bestehen bleibt. Umso notwendiger ist es, daß das Reich einen sehr erheblichen Teil des Wertzuwachses beansprucht. — — —

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 4. Oktober waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zusammenberufen, um zu dem Eintritt eines Mitgliedes der Generalkommission in die Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Generalkommission berichtete einleitend über die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Reichskanzlers Grafen v. Hertling und zur Parlamentarisierung der Regierung führten. Mit der Schaffung eines parlamentarischen Ministeriums wurde die Neuerrichtung eines Reichsarbeitsamts verknüpft, das das Reichswirtschaftsamt von seinem sozialpolitischen Aufgabenbereich entlasten soll. Da die Mitglieder der Regierung den Parteien entnommen werden sollten, so trat auch die Sozialdemokratie die Aufforderung heran, einige Männer ihres Vertrauens an der Regierung zu beteiligen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ermächtigte den Genossen Scheidemann, in die Regierung einzutreten, und ersudte die Generalkommission um den Vorschlag eines Genossen aus dem Kreise der Gewerkschaften für die Leitung des neuen Reichsarbeitsamtes. Die Generalkommission beschloß, der Aufforderung zu entsprechen, wollte aber die Delegation einer zu beratenden Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände überlassen. Die Konferenz wurde unverzüglich berufen. Da der Parteivorstand aber glaubte, mit den Vorschlägen für die neue Regierung nicht länger warten zu können und zur Eile drängte, so sah sich die Generalkommission genötigt, der Konferenz der Vorstände das Vorschlagsrecht vorzugewinnen. Sie brachte den Genossen Gustav Bauer für die Leitung des Reichsarbeitsamts in Vorschlag, der inzwischen auch bereits zum Staatssekretär ernannt worden ist. Legien berichtete weiterhin über die Delegation an den Reichskanzler v. Hertling und über die vor dem Kriegsamte gepflogenen Verhandlungen über Kriegsernährung und Arbeitszeitverkürzung sowie über die Situation der Arbeitskammervorlage, die infolge des Rücktritts des Kabinetts v. Hertling hinfällig werde. Der neuen Regierung bleibe die Aufgabe, einen neuen Entwurf vorzulegen, der den Forderungen der Arbeiterschaft entspreche. Mit diesem Wechsel der Dinge ist auch die geplante Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen zur Stellungnahme zum Arbeitskammerentwurf erledigt, ebenso die für den gleichen Zeitpunkt vorgesehene Vorstandskonferenz. Der Redner schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß der Entschluß, in die Regierung einzutreten, durchaus nicht leichten Herzens gefaßt worden sei, aber die Entwicklung der Ereignisse ließ keine andere Entscheidung zu. Die Lage sei außerordentlich ernst; sie gleiche derjenigen vom August 1914 und heute wie damals hätten die Gewerkschaften die Pflicht, sich der Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz habe trotz der bereits vollzogenen Ernennung der Arbeitsminister die Aufgabe, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen und ihr Urteil darüber abzugeben.

Die Erörterungen über den Eintritt von Gewerkschaftlern in die Reichsregierung nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Sämtlich stimmten alle Redner darin überein, daß die Arbeiterschaft sich dem Eintritt in die Reichsregierung nicht entziehen dürfte. In der Personenfrage traten zwar Abweichungen zutage, doch stimmte schließlich die Konferenz einmütig dem Eintritt Bauers in das Reichsarbeitsamt zu. Auch die Mitteilung, daß Rob. Schmidt für das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamt ausersehen sei, rief große Befriedigung hervor. Die Anregung, zur Aufklärung über die außerordentliche Situation und über die innere Umgestaltung ein Flugblatt herauszugeben und in Massen zu verbreiten, wurde mit dem Hinweis, daß es Aufgabe der Gewerkschaftspresse sei, über die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft zu informieren, fallen gelassen.

Aus der Teilnahme der Arbeiterschaft an der Regierung ergeben sich für die innere Neuorientierung eine Reihe von Problemen, zu denen früher oder später noch eingehend Stellung genommen werden muß. Die Konferenz war der Meinung, daß, sobald solche Fragen als dringlich eintreten, sofort eine neue Konferenz einzuberufen sei. Die Anstellung von Ersatzkräften solle der Generalkommission zur Vorprüfung überlassen werden, die der nächsten Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen werde. Bauer werde für die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der Generalkommission entbunden; sein Rücktritt in die bisherige Stellung werde ihm offen gehalten. Er bleibe auch weiterhin Mitglied der Generalkommission und werde in dieser Eigenschaft an deren Sitzungen teilnehmen. Die Konferenz stimmt diesen Auffassungen zu.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Jetzt gilt es!

Der Kriegsschluß, mit dem wir jetzt wohl sicher rechnen können, wird uns erste Überraschungen bringen. Er bringt uns jene Übergangszeit, an die der Verbandsvorstand bei allen seinen Maßnahmen in den vier Kriegsjahren immer gedacht hat. Mehr als einmal haben wir gesagt, es gilt dafür Sorge zu tragen, daß jene schwierige Periode des Verbandes, die wir leider in der furchtbaren Überraschung der ersten Kriegsmomente erleben mußten, nicht wieder eintreten darf, wenn der Kriegsschluß uns abermals eine Welle großer Arbeitslosigkeit und anderer wirtschaftlicher Rückschläge bringen sollte. Mander hat wohl über diese damaligen Maßnahmen gemurrt, hat gemeint, seine augenblicklichen Sorgen müßten zuerst berücksichtigt werden. Nun aber dürften doch die Tage kommen, wo die schärfsten der damaligen Kritiker einsehen werden, wie notwendig die Vorsorge gerade für die jetzt zu erwartenden Wochen war.

Kommt es zum Friedensschluß, dann macht der Stillstand der Produktion für den Kriegsbedarf allerwärts viele Tausende von Arbeitskräften frei. Das wird natürlich am schwersten die Industrien treffen, die, wie die Metallindustrie, bei Ausbruch des Krieges verhältnismäßig leicht davon kamen. Aber auch in unserem Gewerbe gab es Kriegsarbeit verschiedener Art, für die dann kaum noch Bedarf vorhanden sein dürfte. Das schafft uns Arbeitslose. Darum dürfen wir die Dinge nicht auf die leichte Achsel nehmen. Denn ein großer Zufluß an Arbeitskräften wird sich aus den zur Entlassung kommenden Reihen der Kriegsteilnehmer ergeben; es werden unsere Kollegen aus den Vermessungsabteilungen heimgeschickt werden. Weniger groß wird die Zahl derjenigen sein, die in anderen Kriegsindustrien Unterkommen gefunden haben. Vielleicht kehrt auch davon wieder nur ein Teil zum alten erlernten Beruf zurück?

Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß bei der augenblicklichen ungünstigen militärischen Lage, bei dem Friedensschluß, der uns jetzt in Aussicht steht, der Übergang in die Friedenszeit wesentlich schneller, überstürzt vor sich gehen dürfte, als wir es gehofft hatten. Die gegenwärtige Lage gestattet der deutschen Regierung die vorgesehene ruhige Durchführung der Demobilisation nicht.

Wir werden also wieder einmal aller Voraussicht nach mit einer recht harten Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Zu den Ernährungsschwierigkeiten kommen dann noch die Sorgen um das Einkommen, um die Sicherheit der Existenz. Mander Kollege, der in den letzten Kriegsjahren den Gedanken an Verdienstlosigkeit fast verloren hatte, wird wieder dieses alte Gespenst vor Augen sehen. Mander wird auch seinen nun schon einige Jahre innegehabten Arbeitsplatz einem bis-

her eingezogenen tüchtigen Kollegen abtreten müssen. Umänderungen, Sorgen wohnen wir blicken! Schon fordern die Vertreter der Arbeiterschaft in vielen Gemeinden stürmisch die bessere Durchführung einer Arbeitslosenunterstützung für diese bevorstehende Zeit. Ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger erscheint uns und vielen anderen die sofortige Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Millionen Menschen, die nun frei werden. Arbeitsgelegenheit gäbe es dann wohl genug; fast alles an öffentlichen und privaten Gütern ist reperatur- und ersatzreif. Aber es fehlt auch leider an den dazu unentbehrlichen Rohstoffen. So wird die Umstellung der Industrie nur allmählich vor sich gehen können.

Aus diesen wenigen kurzen Andeutungen geht wohl zur Genüge der Ernst der kommenden Zeit hervor. Der Zeit, die nun infolge der militärischen Übermacht der Gegner noch ungünstiger zu werden droht und deren ungünstige Wirkungen noch schneller über uns herein zu brechen drohen.

Und doch werden wir auch durch diese Schwierigkeiten hindurch kommen. Nur eins scheint uns dringend dabei nötig: *Wir dürfen nicht den Kopf verlieren!* Wir müssen mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch ankämpfen, wenn die Unternehmer die schwierige Situation zum Lohndruck benutzen wollen. Es wird ja leider noch Jahre dauern bis die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel wieder einen halbwegs erträglichen Stand erreicht haben werden. Darum fehlt jede Berechtigung zum Lohndruck. Es wird den Unternehmern aber auch jede Möglichkeit dazu fehlen, wenn unsere Kollegen nicht ängstlich werden, wenn sie sich gewissenhaft an die Weisungen ihrer Organisation halten.

Dabei muß unsere größte Aufmerksamkeit dem Arbeitsnachweis gewidmet sein. Wird er wie einst von den Kollegen beachtet, d. h. meldet sich jeder Kollege der Arbeit sucht zuerst beim Arbeitsnachweisverwalter an, zieht er gewissenhaft über jeden Betrieb, wo er einzutreten gedenkt, Erkundigung beim Mitgliedschaftsvorstand ein, dann wird das Bestreben der Unternehmer auf Herabdrückung der Löhne vergebliche Liebesmühe sein.

Eine dringende Mahnung richten wir noch an die Mitgliedschaftsvorstände selbst: *Seit peinlichst bemüht jedem anfragenden Kollegen sofortige und genaueste Antwort zu geben!* So sehr auch die Kollegschaft dankbar sein muß für die aufopfernde treue Pflichterfüllung, die ihr ehrenamtlich der Kollegschaft erwiesen habt, so war doch alles nur geschehen, um die jetzt bevorstehende Zeit dem Verbands die innere Kraft und Fertigkeit zu verleihen. Ihr werdet daher einsehen, daß gerade jetzt die peinlichste Pflichterfüllung eurer bisherigen Tätigkeit erst den würdigen Abschluß gibt.

Dringend wichtig ist auch jetzt die engste Verbindung mit den Kollegen im Felde. Von ihrem korrekten Verhalten hängt ungemein viel ab. Versuchen wir daher alle, die wir die Feldadresse eines Kollegen haben, diesen im Sinne unserer Verbandsarbeit aufzuklären. *Keine Feldadresse darf den Verbände verloren gehen!* Jeder feldgraue Kollege muß die »Graphische Presse« erhalten!

Die Pflicht der hoffentlich bald heimkehrenden Kollegen besteht darin, daß sie, wenn sie von ihrer bevorstehenden Entlassung erfahren, sofort eine Mitteilung an ihren Mitgliedschaftsvorstand richten. Auch wer vor seiner Einziehung längere Zeit feste Stellung gehabt hat und dort wieder einzutreten wünscht, muß sich, ehe er an die Firma selbst schreibt, in seinem eigenen dringenden Interesse um Auskunft über die jetzigen Arbeitsverhältnisse an seinen Mitgliedschaftsvorstand wenden. Wo also unsere Kollegen mit Berufsgenossen im Felde in Vermessungsabteilungen oder sonstwie beim Heere in Verbindung stehen, ob als Freund oder als Funktionär des Verbandes, da müssen sie versuchen ihnen die Notwendigkeit der Mahnung auseinander zu setzen:

»Wende Dich bei Deiner bevorstehenden Heimkehr zuerst an deinen Mitgliedschaftsvorstand des Verbandes!«

Feuilleton.

»Man sagt mir nach, ich sollte feig mich drehen nach jedem Wind; vor Zeiten ist's geschehen, das räum ich ein«, sprach stolz ein Wetterhahn, »doch solche Schwachheit hab, ich abgetan; seit Jahren steh' ich fest auf meinem Turm und biete Trotz dem Winde und dem Sturm.«

Er drehte sich auch nicht — doch offenbar nur deshalb, weil er eingerostet war.
Julius Sturm.

Vom Büchertisch.

Die Kriegsbeschädigten und der Staat. Von *Erich Kuttner*. Preis 50 Pfg. Berlin SW. 68. 1918. Verlag für Sozialwissenschaft.

Der Verfasser, bekannt als einer der Führer der Kriegsbeschädigtenbewegung erörtert in der vorliegenden Schrift einige Grundfragen des Kriegsbeschädigtenproblems, die den zu Hause Gebliebenen ebenso angehen wie den draußen Verletzten. Der Anspruch der Kriegsbeschädigten gegen den Staat wird seinem Grund wie Umfang nach untersucht, und hierbei fällt manches neue Licht auf die Frage. Bisher wurde derartige Betrachtungen mehr oder weniger die einmal vorhandene Rentengesetzgebung zugrunde gelegt. Kuttner weist nach, daß der ganze Grundgedanke unseres Mannschaftsversorgungsgesetzes — die Gewährung notdürftigen Unterhaltes an die Invaliden — den Anforderungen der Billigkeit und ausgleichenden Gerechtigkeit widerspricht. Seine Hauptforderung ist die Verwirklichung einer sozialen Gerechtigkeit, die zwar nicht bis in den letzten Einzelfall, aber im sozialen Gesamtergebnis die Kriegsgewinne mit den Kriegsoffern ausgleicht. Wie dieser Gedanke ausgeführt und begründet wird, dürfte alle sozialinteressierten Kreise, Kriegsbeschädigte und Nichtkriegsbeschädigte, interessieren.

Stellenangebote

Stein- u. Blechdrucker
auf Mailänder Handpresse geübt, verlangt
Ernst Paßl, G. m. b. H., Köpenick, Friedrichshagenstraße 7.

Verschiedenes

Inserate
sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden

Lithogr. Zeichner!

Bill. verk. 50 Bl. Rekl. Drucke viel Orig.-Ausf. T. Künstl. Gipkens, Erdt, Bernhard, Jak-Boy, Glab, Rumpf u. a.
H. Weise, Dresden, Kurfürstenstr. 19.

Roulett, Fadenstichel

Fräser u. s. w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO, Naunynstraße 69.

Andrucker

findet sofort oder später dauernde Stellung bei
Rob. Leunis & Chapman, G. m. b. H., Papier-Verarbeitungswerke, Hannover.

**Schwarzätzer
Farbätzer
Andrucker
Kupferdrucker**

suchen für sofort in dauernde Stellung
Meisenbach Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 8

Wir suchen für unseren Zeitzer Betrieb zum möglichst sofortigen Antritt
**1 Flachdruck-Maschinenmeister,
1 Offset-Maschinenmeister,**
beide möglichst bewandert im Druck von Falschschichten.
Bewerbungen mit lückenlosen Zeugnisabschriften, Gehaltsangabe und genauer Auskunft über Militärverhältnis erbitten
**Wezel & Naumann A.-G.,
Leipzig-R.**

Schnuhr's flüssiges Steingummi
bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, zum Präparieren von Lithographie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist »sprödiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen *Per Kilo Mark 7,50.*
**H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Chemisch-technische Druckpräparate.**

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!
Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantill-Zelchenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei welchen kalkfleckigen Steinen Übertritt in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer Fett-Extrakt hat *hellbraune Farbe*
Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.

Nachbestellungen tiefen ein: L. & Co. Hannover 50 Kg.; W. & Leipzig 5 Kg.; G. W. Cassel 5 Kg.; G. & D. Leipzig 5 Kg.; G. L. Fürth 5 Kg.; A. Breslau 5 Kg.; K. & S. Niederseiditz 5 Kg.; W. & S. Stuttgart 3 Kg.; F. A. Berlin 2 Kg.; S. & N. Dresden 2 Kg. usw.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 5.

Schnuhr's Druck-Öl „Enol“
bestes Farben-Lösungs- u. Verdünnungs-Mittel für Buch- u. Steindruck-Farben.
Preis pro Liter Mk. 9,50.
**H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49
Fabrikation chemisch-technischer Druckpräparate.**